24a)

FPÖ Gemeinderats-Fraktion Guntramsdorf

GR Fraktion der FPÖ Guntramsdorf
Fraktionsobmann: Gf. GR NAbg. Ing. Christian HÖBART

Guntramsdorf, am 06.07.2016

An den Gemeinderat und Bürgermeister
der Marktgemeinde Guntramsdorf

Dringlichkeitsantrag:
Ergänzung des Punktes „Problemzone Hauptstraße“ auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 06.07.2016

gemäß § 46 Abs. 3 NÖGO 1973

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Guntramsdorf möge in seiner Sitzung am 06.07.2016 beschließen, ...

... dass der Punkt „Problemzone Hauptstraße“ dringlich auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 06.07.2016 ergänzt, inhaltlich entsprechend debattiert wird und der unter „Begründung der Dringlichkeit“ vorgebrachte Vorschlag der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion beschlossen wird.

Sachverhalt/Ziele:

Die Verhältnisse in der Hauptstraße im Bereich Altort Guntramsdorf zwischen den beiden Knotenpunkten „Übersetzung Wiener Lokalbahnen/Friedhofstraße/Hauptstraße“ sowie „Kerngasse/Hauptstraße“ arten immer mehr in Richtung chaotischer Zustände aus.

Regelmäßiges Verkehrschaos mit unattraktiven baulichen Gestaltungen reichen sich dort die Hand, Schwerverkehr wälzt sich – obwohl die Durchfahrt behördlich verboten ist – im wahrsten Sinne des Wortes über die Hauptstraße durch Guntramsdorf, zerstörte Seitenspiegel von parkenden Autos stehen an der Tagesordnung, das Einfahren von Verkehrsteilnehmern von der Friedhofstraße und vor allem der Kerngasse in die Hauptstraße gleichen aufgrund der immensen Verkehrsdichte fallweise einem Hazardspiel, Fußgänger laufen Gefahr, angefahren zu werden und (mögliche) Kunden von den Geschäften entlang der Hauptstraße meiden aus genannten Gründen mehr und mehr den Besuch dieser Geschäfte, da auch kaum Parkmöglichkeiten gegeben sind,

FPÖ Gemeinderats-Fraktion Guntramsdorf

Daher überlegen immer mehr Gewerbetreibende eine Abwanderung oder gar Schließung ihrer Geschäftslokale, die Nahversorgung für Guntramsdorfer Bürger würde weiteren Schaden erleiden, dringend notwendige Kommunalsteuereinnahmen zurückgehen.

Gewerbetreibende und auch andere Guntramsdorfer Bürger haben schon mehrfach den Wunsch geäußert, eine Einbahnführung „Hauptstraße/Kirchengasse/Am Kirchanger" zu planen und zu testen sowie eine bauliche Attraktivierung inklusive einem Schrägparksystem vorzusehen.

Die antragstellende Fraktion stellt klar, keine fixfertige Lösung zur Bewältigung aller Probleme im Bereich der Hauptstraße im Köcher zu haben. Hierzu gibt es Experten und Spezialisten, die sich Gedanken machen und Lösungskonzepte erarbeiten sollten.

Daher ersucht die freiheitliche Gemeinderatsfraktion die Guntramsdorfer Gemeindeführung um die Umsetzung folgender Punkte:

- Ordnungsgemäße Beauftragung eines Verkehrsplanungsbüros, welches ein Verkehrskonzept „Neukonzeption Hauptstraße" unter Berücksichtigung sämtlicher, beschriebener Problemfelder erstellen soll. Budget ist im Voranschlag 2016 vorgesehen.
- Ersuchen der Polizei zur Durchführung von engmaschigen Schwerpunktaktionen zur Überprüfung des LKW-Durchfahrtsverbotes

Begründung der Dringlichkeit:

Im Sachverhalt wird ausführlich auf einige „Problemfelder Hauptstraße" hingewiesen. Wenn nicht rasch Verbesserungsmaßnahmen in Angriff genommen werden, könnten alsbald Personenschäden eintreten, Geschäftslokale schließen und das Chaos in der Hauptstraße würde prolongiert werden.

FPÖ-Gemeinderatsklub
Guntramsdorf

FPÖ Gemeinderats-Fraktion Guntramsdorf

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Guntramsdorf möge in seiner Sitzung am 06. 07. 2016 folgende Stellungnahme abgeben:

- Wir lassen nicht zu, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen Solidarität und Zusammenhalt um unseren Ort weiterhin für alle lebenswert zu erhalten!

- Wir wollen uns weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten und unseren gesetzlichen Auflagen für Schwächere in der Gesellschaft einsetzen.

- Wir wollen verhindern, dass Linksextremisten Raum für ihre Hetze bekommen.

- Gezieltes verbreiten von Unwahrheiten – gerade von politischen Mandataren – an die Bevölkerung haben keinen Platz.

- Wir wollen durch Informationen, Veranstaltungen und über unsere Vereine proaktiv unsere Bemühungen verteidigen.

Wir werden uns mit dieser Petition stark machen für gleiche politische und soziale Rechte aller Menschen.

FPÖ-Gemeinderatsklub
Guntramsdorf

24c)

FPÖ Gemeinderats-Fraktion Guntramsdorf

GR Fraktion der FPÖ Guntramsdorf
Fraktionsobmann: Gf. GR NAbg. Ing. Christian HÖBART

Guntramsdorf, am 06.07.2016

An den Gemeinderat und Bürgermeister
der Marktgemeinde Guntramsdorf

Dringlichkeitsantrag:

Ergänzung des Punktes „ Prüfung der Marktgemeinde Guntramsdorf durch den Bundesrechnungshof – MEHR DENN JE“ auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 06.07.2016

gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Guntramsdorf möge in seiner Sitzung am 06.07.2016 beschließen, …

… dass der Punkt „Prüfung der Marktgemeinde Guntramsdorf durch den Bundesrechnungshof – MEHR DENN JE“ dringlich auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 06.07.2016 ergänzt und folgender Beschluss gefasst wird:
„Der Gemeinderat der Marktgemeinde Guntramsdorf ersucht den NÖ Landtag, über einen einfachen Mehrheitsbeschluss die Prüfung der gesamten Gebarung der Marktgemeinde Guntramsdorf samt Beteiligungsgesellschaften durch den Bundesrechnungshof zu beauftragen.“

Sachverhalt/Ziele:
Man höre und staune: erst über ein halbes Jahr nach der Konstituierung der neuen SPÖ/NEOS/Grüne-Gemeinderegierung wurde am 28. September 2015 in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung ein zusammengefasster Kennzahlenbericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Marktgemeinde Guntramsdorf von der prüfenden Gesellschaft NÖ GBG vorgebracht.
Eines steht fest: Die Finanzlage der Marktgemeinde Guntramsdorf ist schlichtweg verheerend. Eine jahrzehntelange SPÖ-Alleinherrschaft mit kaum bis nicht leistbaren Megaprojekten haben Guntramsdorf finanziell an die Wand gefahren.
Sämtliche Kennzahlen bringen diese Misswirtschaft auf den Punkt:

- Schulden und Verbindlichkeiten per 31.12.2014 der Marktgemeinde Guntramsdorf samt Tochterunternehmen: über 72 Millionen Euro!
- Dies bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung vom Guntramsdorfer Baby bis zur Großmutter von runden 8.000 Euro!
- Die „flüssigen Mittel“ – also zB. verfügbare Kassabestände – als auch die „freie Finanzspitze“ *(Anmerkung: Für die Abschätzung des laufenden Finanzierungsspielraumes der Gemeinde ist die sogenannte „Freie Finanzspitze“*

entscheidend. Sie sagt aus, wieviel Geld aus dem laufendem Haushalt zur "freien" Verfügung steht, welche Kapazitäten das Gemeindebudget also für die Bildung von Sach- und Finanzanlagevermögen (also Investitionen) oder die Bewältigung anderer Kosten bereitzustellen in der Lage ist. Die Berechnung der „Freien Finanzspitze" erfolgt durch Abziehen der jährlichen Schuldentilgungszahlungen vom Saldo der laufenden Gebarungen) der Gemeinde reichen nur mehr bis Ende des Jahres 2016, wenn man nicht wieder und immer wieder neue Streckungen oder neue, abenteuerliche Finanzkonstrukte in Angriff nimmt!

- Extrem hohe, jährlich Schuldentilgungen in Millionenhöhe stehen unentwegt an!
- Zahlungsrückstände in Millionenhöhe der Gemeinde an eine Baufirma, die bis dato in der Buchhaltung nicht abgebildet wurden, müssen abgebaut werden!
- Ab 2016 ist auch eine Darlehensrückzahlung des Eigenbetrages sowie die Vorfinanzierung vom bereits im Bau befindlichen Oberstufen Realgymnasium fällig! Weitere Millionen müssen hier in der Finanz- und Liquiditätsplanung berücksichtigt werden! Eine mögliche Verbundlichung des ORG steht weiterhin aus!
- Nicht durchgängig geprüft werden konnte die WT-80 „Baurechtsfinanzierung", hier blieben einige, relevante Fragen offen. Diese MGBL Co KG-Anleihe wurde als Refinanzierungsmaßnahme mit einem Volumen von 30,5 Mio Euro implementiert, die jährlichen Aufwendungen (Schuldvorschreibungen, also die Zahlungen des Kupons – 3,9% Zinsen) betragen für die Gemeinde rund 1,7 Millionen Euro. Laut dem Magazin „Profil" könnten hier gröbere Probleme ins Haus stehen, wenn bei Liquiditätsproblemen der Marktgemeinde von den institutionellen Anlegern die Anleihe fällig gestellt wird.: *„Wird die Anleihe vor Ablauf fällig gestellt, wird es noch teurer. Aktuell steht der Kurs bei 110. Ein dem Anleihepapier zugrundeliegender Zinsswap wirkt sich unvorteilhaft für die Marktgemeinde Guntramsdorf auf den Preis aus."* Daraus könnten nochmals runde 3 Millionen Euro Zusatzschulden drohen! Auch besicherte Gemeindegrundstücke könnten sofort von den Investoren verwertet werden. Also ein „Damoklesschwert", welches aufgrund seiner Komplexität einer genauen Prüfung unterzogen werden MUSS.

Ein großartiges Beispiel ist die Prüfung der Stadt Wiener Neustadt durch den Bundesrechnungshhof, welcher die Finanzgebarung der letzten Jahre lückenlos zerpflückt und aufgearbeitet hat.
Der Bundesrechnungshof ist weisungsungebunden und zieht Prüfaufträge klar, schnell und deutlich durch.
Ein einfacher Mehrheitsbeschluss im niederösterreichischen Landtag genügt, solch eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof abzusegnen.

Anbei ein paar mediale Beispiele dieser Prüfung der Stadt Wiener Neustadt:

FPÖ Gemeinderats-Fraktion Guntramsdorf

391 Millionen-Schuldenberg

Wr. Neustadt. Rechnungshof zerpflückt das Finanzgebaren der SPÖ-Regierung von 2010 bis 2013

VON **KATHARINA ZACH**

Satte 391,1 Millionen Euro an Schulden häufte die Stadt Wiener Neustadt und ihre Holding-Unternehmen bis 2013 an. Das ist das vernichtende Urteil des Rechnungshofs (RH), der die Finanzgebarung der Stadt zwischen 2010 und 2013 geprüft und regelrecht zerpflückt hat.

Laut Bericht habe Wiener Neustadt bereits 44,9 Prozent seiner Darlehen nicht mehr ordnungsgemäß bedienen können. Die Stadt sei von drohender Zahlungsunfähigkeit ausgegangen. Letztendlich, so der RH weiter, sei die Stadt davon abhängig gewesen von Banken finanziert zu werden. Dennoch seien weiterhin Projekte wie etwa die Errichtung einer Multifunktionssportanlage um 10,8 Millionen Euro geplant gewesen.

Heftig kritisiert werden auch die Derivativgeschäfte der Stadt, die die Schulden um mehr als 10,7 Millionen Euro ansteigen ließen. Auch an den Personalkosten wurde kein gutes Haar gelassen. Die Konsequenzen spürten auch die Bürger. Laut Rechnungshof mussten sie innerhalb von vier Jahren bei wesentlichen Gemeindeabgaben Kostensteigerungen von bis zu 56,7 Prozent in Kauf nehmen. Schließlich kommt auch der Bericht zu dem Schluss, dass nur ein Konsolidierungsprogramm mit jährlichen Einsparungen von 15,5 Millionen Euro bis 2018 die Finanzierung des Stadthaushalts sicherstellen könne.

Vernichtende Kritik

„Das Ergebnis des Kassasturzes, welchen wir gleich nach Amtsantritt durchgeführt haben, wird mit diesem Rechnungshofbericht vollinhaltlich bestätigt", reagieren Bürgermeister Klaus Schneeberger (ÖVP) und Vize Christian Stocker auf die Veröffentlichung. Die derzeitige Stadtregierung hatte bereits im Sommer einen 15 Millionen-Euro-Sparbedarf beziffert, um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden.

Die aktuelle vernichtende Kritik nehme vor allem jene Partei, die die Stadt in den vergangenen Jahrzehnten geführt hat, in die Verantwortung, endlich den Sanierungsprozess mitzutragen, so Stocker in Richtung der SPÖ. Der Weg der Budgetsanierung sei kein leichter, jedoch unausweichlich, um die Stadt in eine positive Zukunft zu führen, ergänzt Schneeberger.

Zahlreiche Empfehlungen des Rechnungshofes werden laut Stadtchef zurzeit im laufenden Sanierungsverfahren behandelt. „Wir werden das größte kommunale Sanierungsprojekt in der Geschichte der zweiten Republik vorlegen und damit nachhaltig die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen."

Rechnungshof nahm nun Wiener Neustadt unter die Lupe

SP-Finanzpolitik zerpflückt: „Lage der Stadt bedrohlich"

Die Bürger mit hohen Gebühren geschröpft, trotzdem einen Schuldenberg angehäuft. Und kein Plan, die drohende Pleite abzuwenden. Hart ins Gericht gehen Rechnungshof-Prüfer mit der Finanzpolitik in Wiener Neustadt während der SP-Alleinherrschaft. Die neue Stadtregierung sieht ihren harten Sparkurs bestätigt.

Der Prüfbericht zur Causa Wiener Neustadt könnte als Lehrbuch dafür dienen, wie man eine Stadt nicht führen soll. Der Rechnungshof hat die letzten Jahre sozialdemokratischer Regentschaft im Rathaus durchleuchtet. Der Befund: „Die finanzielle Lage der Stadt war bedrohlich." Aufgelistet werden Schulden in der Höhe von mehr als 390 Millionen Euro. Selbst das Tagesgeschäft der Gemeinde konnte nur auf Pump aufrechterhalten werden, trotz massiver Gebührenerhöhungen um bis zu 56 Prozent. Franken-Kredite und Zins-Spekulationen taten ein Übriges. Die Prüfer konnten in der SP-Finanzplanung „keine nachhaltigen Einsparungsmaßnahmen" erkennen. Im Gegenteil: Teure Projekte wie eine Sportanlage wurden ins Auge gefasst.

Der Rechnungshof fordert harte Einschnitte, um die Stadtfinanzen wieder ins Lot zu bringen. VP-Bürgermeister Klaus Schneeberger: „Wir werden bei der größten kommunalen Budgetsanierung aller Zeiten 15 Millionen Euro pro Jahr einsparen."

VON CHRISTOPH WEISGRAM

Österreich isst frei – unter diesem Motto informieren Landwirte, Bauernbund-Direktorin Klaudia Tanner und Landesrat Stephan Pernkopf. „Krone"-Expertin Maggie Entenfellner: „Mit dem Kauf heimischer Produkte werden höchste Tierschutzstandards gut gesichert."

FPÖ Gemeinderats-Fraktion Guntramsdorf

Finanzdesaster in Wiener Neustadt:

Grüne wollen Ex-Chefs in Wr. Neustadt klagen

Ob es zu Schadenersatzforderungen kommt, wird in den nächsten Wochen geklärt.

Wr. Neustadt. Für die ehemalige rote Stadtführung von Wr. Neustadt könnte es noch ein ernstes Nachspiel geben: Nach dem desaströsen Rechnungshof-Bericht – ÖSTERREICH berichtete – hat nun Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne), Gemeinderätin und Kontrollausschuss-Vorsitzende, Schadenersatz-Prüfungen angekündigt. „Bei 391,14 Millionen Euro Schulden, die Wr. Neustadt unter roter Führung angehäuft hat, gibt es keinen Spielraum mehr für Schönfärberei", so Windbüchler-Souschill. Sie wird eine Sitzung des Kontrollausschusses einberufen und auch den Rechnungshof dazu einladen. Und: „Die Klärung der möglichen Schadenersatzforderungen sind in den nächsten Wochen zu prüfen." *(hre)*

Aktuell liegt auch ein Prüfergebnis des Landes NÖ auf, welches summa summarum ebenfalls ein verheerendes Bild über die Art und Weise der Gemeindeführung durch Rot/(Pink)/(Grüne) darstellt.

Begründung der Dringlichkeit:

Wie im Sachverhalt ausführlich erwähnt, ist durch eine Vielzahl an noch offenen Punkten und groben Schwierigkeiten einer eingehende Prüfung der gesamten Gebarung der Marktgemeinde Guntramsdorf samt seiner Beteiligungsgesellschaften durch den Bundesrechnungshof das Gebot der Stunde.

Diese Vergangenheit und die finanzielle Situation der Marktgemeinde Guntramsdorf gehört restlos aufgeklärt – SOFORT!

Die dringliche Behandlung mit der Aufnahme des Punktes „Prüfung der Gemeinde Guntramsdorf durch den Bundesrechnungshof" in die Tagesordnung samt oben angeführten Beschluss ist jedenfalls gegeben.

FPÖ-Gemeinderatsklub
Guntramsdorf

24d)

FPÖ Guntramsdorf

GR Fraktion der FPÖ Guntramsdorf
Fraktionsobmann: Gf. GR NAbg. Ing. Christian HÖBART

Guntramsdorf, am 06.07.2016

An den Gemeinderat und Bürgermeister
der Marktgemeinde Guntramsdorf

Dringlichkeitsantrag:
Ergänzung des Punktes „Errichtung einer Zaunanlage beim Windradlteich“ auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 06.07.2016

gemäß § 46 Abs. 3 NÖGO 1973

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Guntramsdorf möge in seiner Sitzung am 06. Juli 2016 beschließen, …

… den o.a. Sachverhalt „Errichtung einer Zaunanlage beim Windradlteich“ dringlich auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 06. Juli 2016 zu setzen und entsprechend zu debattieren.

Sachverhalt / Ziele:

Der Windradlteich ist sicherlich neben dem Ozeanteich eines der beliebtesten Erholungsgebiete in Guntramsdorf, für Guntramsdorfer und auch für zahlreiche Nicht-Guntramsdorfer. Immer wieder wurde an uns, die FPÖ Guntramsdorf, der Wunsch herangetragen, ob es nicht möglich sei, analog dem Ozeanbadeteich eine teilweise Einzäunung des Areals vorzunehmen. Zu Beginn der heurigen Badesaison traten wieder Bürger an uns heran, welche bereits seit Jahrzehnten Jahreskartenbesitzer sind, welches sich ein solches „Bauvorhaben“ wüschen würden, die Gründe hierfür sind zahlreich:

- Probleme mit Hunden auf dem Areal – dies führt immer wieder zu Streitigkeiten zwischen Hunde- u. Nichthundebesitzern. Da das Baden mit Hunden auf dem Areal jedoch nicht gestattet ist, muss hier eine Lösung gefunden werden.
- Probleme mit nicht zahlenden Kunden – durch Beobachtungen von Badegästen ist uns berichtet worden, dass täglich rd. 50 bis 80 Personen – bei Schönwetter am Wochenende – über die B17 od. das rechte Seeufer das Areal betreten würden und viele davon leider keinen Eintritt bezahlen. Hier entgeht der Gemeinde sicherlich kein kleiner Betrag, über das Jahr gerechnet.

Freiheitliche Partei Österreich
Ortsgruppe Guntramsdorf
Gewerbegasse 4
2353 Guntramsdorf
Mobil: +43 664 858 6 858
Email: christian.hoebart@fpoe.at

- Immer wieder queren Personen, teilweiße auch Familien mit Kindern und vollbepackt die B17 – dies stellt eine große Gefahr da! Dieses Problem würde man umgehen, wenn die Seite zur B17 mit einem Zaun abgesperrt werden würde. Somit müssen die Badegäste über den Haupteingang in der Danfoss-Straße das Gelände betreten.
- Immer wieder kommt es leider auch zu Berichten über Diebstähle und Belästigungen, welche uns von Badegästen zugetragen wurden. Oft flüchten die Täter über die B17 oder über das rechte Seeufer in die Weingärten.

Es wurde an die Marktgemeinde Guntramsdorf auch bereits eine Unterschriftenliste mit rd. 180 Unterschriften abgegeben, welche sich alle eine entsprechende Zaunanlage wüschen würden. Der Großteil dieser Unterzeichner sind jahrelange Besitzer einer Jahreskarte – wobei hier es für uns keinen Unterschied macht, ob es Guntramsdorfer oder Auswärtige sind, da alle, die die Guntramsdorfer Nacherholungseinrichtungen nutzen, sich hier wohl fühlen sollen.

Die FPÖ Guntramsdorf könnte sich eine Zaunanlage, auch nach Rücksprache mit zahlreichen Unterstützer dieser Unterschriftenaktion, entlang der B17 und dem rechten Seeufer (vis á vis der Parkplatzzufahrt) vorstellen, mit welcher man den Großteil der oben beschriebenen Probleme in den Griff bekommen würde.

Die Kosten für einen derartigen Zaun würden sich auf rd. EUR 30.000,- belaufen – welche sicherlich durch die Mehreinnahmen der steigenden Anzahl von zahlenden Gästen in einigen Jahren teilweise gedeckt sein sollten.

Begründung der Dringlichkeit:

Wie im Sachverhalt dargestellt, fordern wir die Planung und Umsetzung der entsprechenden Baumaßnahmen bis zum Beginn der Badesaison 2017, um zu verhindern, Badegäste zu verlieren, um höhere Einnahmen zu lukrieren und div. Gefahren für Badegäste zukünftig zu vermeiden.

Freiheitliche Partei Österreich
Ortsgruppe Guntramsdorf
Gewerbegasse 4
2353 Guntramsdorf
Mobil: +43 664 858 6 858
Email: christian.hoebart@fpoe.at

24e)

Freiheitliche GR-Fraktion

An den Gemeinderat
der Marktgemeinde Guntramsdorf
z.Hd. Bürgermeister Weber

Guntramsdorf am 06.07.2016

Dringlichkeitsantrag

gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung

Die unterfertigenden Gemeinderäte stellen den Antrag, die Tagesordnung um folgenden Tagesordnungspunkt zu erweitern:

Gesetzwidrige Kostenbelastung der NÖ Gemeinden aus der Mindestsicherung für Asylanten

Die Aufteilung der Kosten für die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist im NÖ Mindestsicherungsgesetz eindeutig geregelt, wobei im § 36 Abs. 1 ausdrücklich bestimmt ist, dass für Gemeinden u.a. KEINE Kostenbeitragspflicht für Asylberechtigte (§ 5 Abs. 2 Ziffer 3) besteht.

Entgegen dieser gesetzlichen Bestimmungen wurden und werden allen NÖ Gemeinden solche Kosten bei der Abrechnung der Ertragsanteile widerrechtlich einbehalten, und fehlen somit im Gemeindebudget.

Der Gemeinderat möge daher folgendes beschließen:

1) Der Bürgermeister hat umgehend zu ermitteln, wie hoch die ungerechtfertigten Kosten aus der Mindestsicherung für Asylberechtigte sind, die der Gemeinde widerrechtlich einbehalten wurden und alle erforderlichen Schritte einzuleiten, dieses Geld für die Gemeinde rückzufordern.
2) Die Landesregierung wird aufgefordert, die widerrechtliche Belastung der Gemeinden mit den Kosten aus der Mindestsicherung für Asylanten sofort zu unterlassen und gesetzeswidrig einbehaltene Beträge unverzüglich den Gemeinden zu refundieren.
3) Der NÖ Landtag wird aufgefordert die Landesregierung zur gesetzmäßigen Vollziehung der Kostenaufteilung der Mindestsicherung anzuhalten.

4) Die Bundesregierung und der Nationalrat werden aufgefordert, diese Kosten, die durch den überbordenden Zustrom von Asylwerbern entstanden sind, nicht den Ländern und Gemeinden aufzubürden, die nicht die Verantwortung dafür tragen, sondern dafür zu sorgen, dass Bundes- und EU-Mittel dafür herangezogen werden.

Begründung der Dringlichkeit: Die finanziellen Mittel, die unserer, so wie auch allen anderen NÖ Gemeinden gesetzwidrig vorenthalten wurden, werden dringend benötigt. Nachdem sowohl die Gemeinderäte, als auch die Abgeordneten und Regierungsmitglieder ausdrücklich zur Beachtung und Einhaltung der Gesetze angelobt sind, haben sie die Verpflichtung, gegen gesetzwidrige Vorgänge unverzüglich vorzugehen und alle Schritte zu unternehmen, um den gesetzeskonformen Zustand unverzüglich wieder herzustellen.

Unterschrift(en)